

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Z/XX/212

Bonn, den 4. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Intellektuelle Unsauberkeit 19

Wie die Bundesbürger von der Regierung belogen werden

Mangelware Toleranz 29

Betrübliche Erscheinungen - Zur Denkschrift der EKD

2 - 4 Mitbestimmung ist Mitverantwortung 148

Beitrag zur Diskussion über die Verbesserung und Erweiterung
des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft

Von Günter Markscheffel

+ + -

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGELIEDERUNG bringt heute:

„Ich verwehre mich dagegen...“

Diskussion über EKD-Denkschrift hält an

Mobilisierung der Herzen für die Freiheit

Was wird aus der 19. LAG-Novelle?

Menschenrechte - Teil der alltäglichen Freiheit

„Dieses polnische Land“

+ + +

Intellektuelle Unsauberkeit

Wie die Bundesbürger von der Regierung belogen werden

sp - Außer den nicht erfüllten Wahlversprechen wird der Bundesbürger jetzt auch mit der Ankündigung konfrontiert, man wolle rund eine Milliarde DM vom Verteidigungshaushalt streichen. Schon seit langem streiten Experten darüber, ob der Verteidigungshaushalt mit seinen rund 20 Milliarden DM tatsächlich so hoch sein mußte. Aber jeder Versuch, auch nur ein paar Mark davon einzusparen, wurde von der Regierung und den sie tragenden Parteien mit der massiven Vorleumdung beantwortet, weniger Geld für die Verteidigung bedeute "Gefährdung der Sicherheit des deutschen Volkes". Das war natürlich ein ausgemachter Schwindel, ein lächerlicher Vorwand, mit dessen Hilfe man jede Diskussion über die Verteidigungsausgaben im Keime ersticken wollte. Wenn die neue Bundesregierung und die sie stützenden Parteien jetzt behaupten, man könne ohne Gefährdung der Sicherheit rund eine Milliarde DM vom Verteidigungshaushalt abstreichen, dann waren die früheren Behauptungen der gleichen Regierung unwahr. Aber nicht nur das: Es erweist sich, daß auch die Geschäftsgebarung der Regierung in Fragen der Verteidigung unreell war und noch ist.

Auch dieses Kapitel der jüngsten bundesrepublikanischen Geschichte gehört unter die Überschrift "Intellektuelle Unsauberkeit".

Mangelware Toleranz

Betrübliche Erscheinungen - Zur Denkschrift der EKD

sp - Die öffentlich geführte Diskussion um die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn schlägt hohe Wellen und erregt die Gemüter. Sie brachte den Verfassern hohes Lob, aber auch kritische Bemerkungen. Die Denkschrift berührt Tabus deutscher Politik und zwingt zur Stellungnahme. Leider zeitigt die Diskussion auch betrübliche Begleiterscheinungen. Die Verfasser erhielten und erhalten eine Vielzahl von Droh- und Schmähbriefen, deren Inhalt eine erschreckende Geistesverfassung der Briefschreiber verraten. Blenker Haß diktierte ihre Feder. Von Skrupeln unbeschwert unterstellen sie den Verfassern Motive und Behauptungen, die aus der Denkschrift nicht zu entnehmen sind. Sie schmähen Männer, denen die Sorge um die Zukunft unseres Volkes und sein Verhältnis zu den östlichen Völkern in den Herzen brennt. Toleranz und die Bereitschaft, dem anderen zuzuhören, seine Argumente mit zu verarbeiten, scheinen Mangelware geworden zu sein. Wohlgeremt nicht bei denen, die manche begründete Einwände haben, und die, von gleicher Sorge geleitet, die Denkschrift auf ihre Eignung hin prüfen, uns alle ein Stück weiterzuführen. Sie sind dazu legitimiert und würden sich selbst und unserem Volk einen schelchten Dienst erweisen, hielten sie mit ihren Bedenken zurück. Die Verfasser der Droh- und Schmähbriefe jedoch können sich auf eine solche Legitimation nicht berufen; sie offenbaren eine Mentalität, die sie außerhalb von Vernunft und Toleranz stellt. Wohin das führen kann, haben wir in unserer jüngsten Geschichte erlebt. Vom Drohbrief bis zur physischen Gewalttätigkeit führt oft nur ein kleiner Schritt. Diese "Kritiker" der Denkschrift gehören zu den modernen Neandertälern. Daß sie noch in erklecklicher Zahl vorhanden sind, das Klima bis zur Unerträglichkeit vergiften können und ehrenhafte Männer zum Freiwilligen erklären, ist das eigentlich Erschreckende bei der Diskussion um die Denkschrift der EKD.

Mitbestimmung ist Mitverantwortung

Von Günter Markscheffel

Eines der erstaunlichsten Merkmale der jetzt einsetzenden öffentlichen Diskussion über die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft ist die Vergeßlichkeit aller jener, die sich heftig gegen die Vorstellung wehren, irgend etwas könnte am gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft im Sinne des Fortschrittes geändert werden. Allenthalben tut man so, als sei die heutige Substanz unserer Wirtschaft ausschließlich das Ergebnis der Tüchtigkeit einiger weniger Unternehmer oder Aufsichtsratsvorsitzender großer Unternehmen. Dieser falschen Vorstellung entgegenzuwirken, sollen diese Zeilen dienen.

* * *

Der totale Zusammenbruch des verbrecherischen Hitlerregimes stellte unser Volk nach dem Zweiten Weltkrieg vor die Aufgabe, sich selbst wiederzufinden und "die Wirtschaft" - im weitesten Sinne des Wortes - wieder funktionsfähig zu machen; auch gegen den Unvorstand und den Widerstand der Siegermächte! Die Mehrzahl der geistigen und auch leiblichen Väter der heute sich gegen die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes wehrenden Kreise waren damals wegen ihrer direkt oder indirekt dem Hitlerregime geleisteten Hilfe politisch kompromittiert. Sie hatten sich entweder in die Anonymität geflüchtet, waren verhaftet, oder antichambrierten in den Sekretariaten der gerade erst wieder erstandenen Gewerkschaften, bei deren Vertretern sie um "Persilscheine" nachsuchten. Von irgendwelcher wirtschaftlichen Aktivität bis dahin allgewaltiger Wirtschaftsführer war damals nur in den seltensten Fällen etwas zu spüren.

Als das ganze Ausmaß der Demontageabsichten der Siegermächte bekannt wurde, wandten sich inzwischen rehabilitierte Unternehmer wiederum an die Gewerkschaften mit der Bitte um Unterstützung zur Abwendung des Unheils. Dieser Bitten bedurfte es gar nicht, da die Gewerkschaften längst die Initiative im Kampf gegen die Demontagen ergriffen hatten. Stellvertretend für viele, die diesen Kampf führten, seien die Namen des damaligen Vorsitzenden der Zwei-Zonen-Gewerkschaft, Dr. h. c. Hans Böckler, des damaligen nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Prof. Dr. Eric Kölling und des Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher genannt. Von Adenauer oder Erhard war in diesem Zusammenhang und zu diesem Zeitpunkt damals kaum die Rede.

Zum Glück begriffen die Amerikaner, besonders aber die amerikanischen Gewerkschaften, bald, wie wenig der freien Welt gedient wäre, wenn man Deutschland versteppen ließe. Es war Dr. Kurt Schumacher, der 1947 als erster Deutscher in den USA auf dem Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften erklärte, die Fortsetzung der Demontage wäre eine Unterstützung von Stalins Absicht, ganz Europa für den Kommunismus reif zu machen. Im Ergebnis dieser und ähnlicher Warnungen entschlossen sich die Amerikaner, die Marshall-Hilfe auch auf die drei westlichen Besatzungszonen auszudehnen. So und nicht

anders begann das "Deutsche Wirtschaftswunder".

* * *

Dank dieser Entwicklung konnten unter Führung politisch nicht kompromittierter Gewerkschafter und Sozialdemokraten bereits zu diesem Zeitpunkt die ersten Voraussetzungen für das spätere Funktionieren der deutschen Wirtschaft geschaffen werden. Die von den Gewerkschaftern geführten Arbeitnehmer wußten, was auf dem Spiel stand. Trotz Hunger und Elend gab es nicht einmal in dieser Zeit kaum Streiks oder andere Verzweiflungsausbrüche breiter Massen. Die deutschen Arbeitnehmer wollten nicht den zum Teil sogar von Gruppen der westlichen Besatzungsmächte geförderten Kommunisten Gelegenheit bieten, ihr politisches Spiel auf dem Rücken des deutschen Volkes auszutragen.

Die Chancen für die Kommunisten waren damals nicht schlecht. In Moskau rechnete man mit der Überflutung Europas durch kommunistische Ideen mit Hilfe der starken kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien.

Während die deutschen Arbeitnehmer, geführt von den Gewerkschaften, diese Absichten und Hoffnungen Stalins durchkreuzten, lehnte die deutsche Sozialdemokratie unter Führung von Dr. Kurt Schumacher die Verschmelzung von KPD und SPD zu einer SED ab und sorgte auch auf dem politischen Sektor dafür, daß Moskaus Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Die sozialdemokratischen Parteien in Frankreich, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg - selbstverständlich auch die sozialdemokratischen Parteien in der Schweiz, in Österreich, Skandinavien und Großbritannien - hielten sich ebenfalls von den Kommunisten frei, die damals unter der Fahne der sogenannten Siegerallianz gegen den Hitlerfaschismus für die "proletarische Revolution in Europa" kämpften.

* * *

In dieser Situation entstand im westlichen Teil Deutschlands die Idee von der Demokratisierung der Gesellschaft, ausgedrückt durch das Versprechen an alle politischen Gruppen, den Arbeitnehmern in Zukunft, also in einer neuen deutschen Demokratie, auch das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht zu gewähren.

Erklärungen in diesem Sinne lassen sich zu Dutzenden zitieren. Sie fanden ihren Niederschlag in den berühmten und leider in Vergessenheit geratenen "Ahlicher Programmen" der CDU und nicht zuletzt in den sozial- und gesellschaftspolitischen Erklärungen der Evangelischen und der Katholischen Kirche.

Zweifelloos waren diese Erklärungen damals ernst gemeint. Sie waren der Ausdruck der Dankbarkeit gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Disziplin des deutschen Arbeitnehmers und seiner Organisationen, aber auch der Ausdruck der seinerzeit vorherrschenden richtigen Einsicht, daß ein moderner Industriestaat nur dann krisenfest bleiben kann, wenn die in ihm lebenden Bürger das Gefühl haben dürfen, in jeder Beziehung gleichberechtigt zu sein. Zur Gleichberechtigung des Bürgers gehören aber nicht nur das gleiche Stimmrecht und die gleichen Bildungschancen, sondern auch das Recht auf die Mitbestimmung in den Fragen der Wirtschaft.

Als 1951 die ersten gesetzlichen Voraussetzungen für die Praxis des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft geschaf-

fen wurden, sprach man von einem **A n f a n g**. Seitdem sich jedoch die alten und sofort nach dem Kriege bei den Gewerkschaften um Hilfe bittenden politischen und wirtschaftlichen Machtgruppen wieder erholt haben, seitdem ihre Exponenten dank der Disziplin und des Fleißes der Arbeitnehmer und natürlich auch dank ihrer eigenen Wendigkeit private Millionenvermögen bilden konnten und viele von ihnen heute mit dem Bundesverdienstkreuz stolz durch die offiziellen Empfänge der Regierung marschieren ("Wir haben ja schließlich die Wirtschaft wieder aufgebaut!"), will man von den "Anfängen" nichts mehr wissen.

* * *

Man kann und muß über die **F o r m** des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft diskutieren; die Gewerkschaften sind die letzten, die Unpraktikables mit Gewalt durchsetzen wollen. Man kann und muß auch darüber diskutieren, wie bei einer Erweiterung und Verbesserung des jetzt schon bestehenden Mitbestimmungsrechtes das Privateigentum garantiert und die private Vermögensbildung **a l l e r** gefördert werden kann. Abwegig ist es jedoch, wenn versucht wird, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft entweder ganz abzulehnen oder als "den Weg zur kalten Bolschewisierung" darzustellen. - **D i e s e** Lüge sind genau das, was man auf kommunistischer Seite erwartet, um frohlockend behaupten zu können, man verwehre in der "bürgerlich-kapitalistischen Demokratie" dem Arbeitnehmer das Recht, mit **s e i n e m** Verstand und mit **s e i n e r** Verantwortung die gesellschaftliche Entwicklung als gleichberechtigter Bürger mitgestalten zu helfen.

Die Gegner einer Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes wollen offenbar nicht wahrhaben, daß es hierbei nicht nur um den gerechten materiellen Anteil an einer vom **g a n z e n** Volk geleisteten Aufbauarbeit geht, sondern vielmehr um die geistige Mitverantwortung für das Funktionieren unserer demokratischen Industriegesellschaft. - Im Übrigen scheinen die Streiter gegen die Verbesserung des Mitbestimmungsrechtes garnicht zu merken, wie eifrig sie an dem Ast sägen, auf dem sie selbst sitzen. Jeder Soziologe und Betriebswirtschaftler weiß heute, daß die Gesamtleistung eines Werkes davon abhängt, ob die Betriebsführung dem Arbeitnehmer das Gefühl der Mitverantwortung für das Ganze vermitteln kann oder nicht. Wo aber soll bei mündigen Staatsbürgern das Gefühl für die Mitverantwortung herkommen, wenn ihm nicht die Mitbestimmung gewährt wird?

* * *

Die deutschen Arbeitnehmer, vertreten durch ihre Gewerkschaften, haben in der Vergangenheit bewiesen, daß es ihnen nicht nur um die Mitbestimmung, um das Mitreden, sondern vornehmlich um die **M i t v e r - a n t w o r t u n g** geht. Kein ernstzunehmender Arbeitgeber kann abstreiten, daß die Bundesrepublik von allen modernen Industriestaaten der Welt die geringsten Arbeitsausfälle durch Streiks zu verzeichnen hat. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß bei den deutschen Gewerkschaften der Begriff der Mitverantwortung für das **G a n z e** im Vordergrund aller ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Überlegungen steht.

Deshalb sollten **a l l e** Beteiligten an der Diskussion über die Erweiterung und Verbesserung des jetzt schon bestehenden Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft bei ihren zukünftigen Entscheidungen von der Überlegung ausgehen, daß die dem **g a n z e n** Volk zugute gekommenen Erfahrungen der Vergangenheit mit den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft in Einklang gebracht werden müssen.

+ + +